

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 138 (1972)
Heft: 1

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lin aus: «Wie es auch immer um Frankreichs Möglichkeiten zum Unterhalt seiner Armee bestellt ist, macht uns der verantwortliche Minister glauben, unsere Verteidigung sei sichergestellt dank einer Einsatzdoktrin, die offenbar völlig unabhängig ist von den sachlichen Fragen der Bestände, des Materials, des Umfangs der verfügbaren Kräfte, ihrer Leistungsfähigkeit und des Gleichgewichts der einzelnen Teile». Von diesem Standpunkt aus scheint es ihm völlig ungereimt, daß die amerikanischen Anstrengungen zur Verteidigung Europas von französischer Seite «beschimpft wurden als ein Versuch Amerikas, Europa seinem militärischen Diktat zu unterwerfen». Dabei muß bedacht werden, daß Frankreich noch immer von zahlreichen Einrichtungen profitiert, die durch gemeinsame Anstrengungen der NATO-Staaten entstanden sind und die es sich aus eigenen Mitteln nicht leisten könnte.

Die entscheidende Bedeutung der amerikanischen Präsenz besteht nach Stehlin darin, daß überall dort die Militärmacht der UdSSR neutralisiert bleibt, wo sie das Risiko einer direkten Konfrontation mit den USA in Rechnung stellen muß. Dieser Sachverhalt charakterisiert zur Zeit noch die Situation auf dem europäischen Kontinent, aber bereits in wesentlich eingeschränkterem Sinne im Mittelmeerraum. (Man ist sich heute kaum mehr bewußt, daß ursprünglich selbst Algerien in der atlantischen Allianz eingeschlossen war.) Die Verstärkung der sowjetischen Mittelmeerflotte vollzieht sich mit einer Geschwindigkeit und Beharrlichkeit, die die Besorgnis erregen müssen. Eine genaue Analyse ihres Bestandes muß zur Erkenntnis führen, daß sie viel weniger für die maritime Kampfführung als für Landoperationen geeignet ist. Im Gegensatz zur Lage in Kontinentaleuropa ist diejenige im Mittelmeerraum dadurch charakterisiert, daß die Sowjetunion hier Expansionsmöglichkeiten vorfindet, die nicht unweigerlich den Zusammenstoß mit den USA herbeiführen müssen. In den Rahmen dieser Möglichkeiten gehört nach Stehlin auch die Hypothese einer Landoperation an der französischen Südküste, kombiniert mit massiver subversiver Tätigkeit im Landesinnern. Ob in einem solchen Falle die USA sich selber direkt engagiert fühlen würden, ist durchaus ungewiß und weist eindrücklich darauf hin, daß die bedrohten Länder die Gefahr durch gemeinsame Verteidigungsanstrengungen am ehesten bannen können. fe

(Nr. 7/1971)

Mitteilungen

9. Zentralvostandssitzung der SOG
vom 29./30. Oktober 1971 in Schaffhausen

Unter Leitung des Zentralpräsidenten, Oberst i. G. Heinrich Wanner, und in Anwesenheit des Präsidenten der KOG Schaffhausen, Major Seiler, fand am 29. und 30. Oktober 1971 in Schaffhausen die 9. Sitzung des Zentralvorstandes statt.

Einleitend kam der Zentralpräsident auf die jüngste Aussprache zwischen den Spitzen des EMD und Vertretern der SOG zurück. Das Hauptanliegen der SOG geht dahin, über die großen Projekte des EMD so rechtzeitig orientiert zu werden, daß eine sinnvolle und erfolg-

reiche Zusammenarbeit von Anfang an gewährleistet ist. Als Beispiel diene das Leitbild der Armee der achtziger Jahre.

Der Zentralpräsident orientierte alsdann über die erste Landeskonferenz der militärischen Verbände vom 9. Oktober 1971 in Bern. Unseren Lesern ist hierüber bereits in ASMZ Nr. 11/1971, S. 795, berichtet worden.

Unter den Mitteilungen aus den Kommissionen wird nicht ohne Bedenken registriert, daß der durch die Kommission für außerdienstliche Tätigkeit organisierte Kurs über Nachtausbildung wegen ungenügender Anmeldezahl abgesetzt werden mußte (vergleiche hierzu ASMZ Nr. 12/1971, S. 883). Der Zentralvorstand nimmt dies zum Anlaß, sich durch die Sektionen mittels eines Fragebogens über die außerdienstliche Aktivität orientieren zu lassen.

Die Verwaltungskommission der ASMZ bemüht sich gemäß dem Auftrag der Präsidentenkonferenz weiterhin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die ASMZ an sämtliche Mitglieder der SOG abgegeben werden kann.

Das wichtigste Traktandum indessen galt dem Problemkreis der Dienstpflicht, der Behandlung der Militärdienstverweigerer beziehungsweise der Einführung eines Zivildienstes. Nach Zustandekommen der Münchener Zivildienstinitiative, die zwar dem Vernehmen nach noch nicht eingereicht worden ist, wird sich die SOG einmal mehr einläßlich mit dieser Frage auseinandersetzen. Eine erweiterte Präsidentenkonferenz soll zunächst einmal der allseitigen Information über den gesamten Problemkreis dienen. Diese Informationsstagung wird die Grundlagen für die Meinungsbildung und Stellungnahme der SOG liefern. Sbr

Ausländische Armeen

NATO

Ende Oktober befaßte sich in Brüssel eine Konferenz der nuklearen Planungsgruppe der NATO, an der die Verteidigungsminister der USA, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Dänemarks und Griechenlands teilnahmen, mit der Ost-West-Situation auf dem Gebiet der atomaren Bewaffnung. Der amerikanische Verteidigungsminister Laird gab den Verbündeten eine detaillierte Übersicht über den gegenwärtigen Stand der strategischen Nuklearrüstung. Ferner wurde eine amerikanisch-deutsche Studie, die sich mit nuklearen Verteidigungsmaßnahmen im süddeutschen Raum (CENTAG) befaßt, diskutiert. Die Planungsgruppe hat bisher vier große politische Richtlinien ausgearbeitet, die sich auf den Einsatz taktischer Atomwaffen in Europa, das nötige Konsultationsverfahren unter den Alliierten, den Einsatz von atomaren Sprengmitteln (ADM) sowie auf die Rolle der sogenannten «Strike»-Bomber beziehen. Hauptproblem bei der Verbesserung dieser Studien war die Frage, wie die NATO reagieren soll, wenn ein erster atomarer Einsatz im Konfliktfall den Gegner nicht zum Stehen gebracht hat. – In seinem Referat gab Laird zu verstehen, daß die Aussichten auf mögliche Ost-West-Verhandlungen über beidseitige Truppenreduktionen allein nicht ausreichen, jetzt schon eine Verringerung der westlichen Verteidigungskraft ins Auge zu fassen. Laird

wies auch auf eine «unerwartet schnelle Zunahme» der sowjetischen strategischen Atomwaffen hin, die er als «besorgniserregend» bezeichnete. Es sei durchaus denkbar, daß der heute noch bestehende Nuklearovorsprung der USA bereits 1974, und nicht erst 1975, wie bisher angenommen, von den Sowjets eingeholt sein könnte. Laird betonte sodann den Willen der USA, die amerikanischen Luft-, Boden- und Seestreitkräfte im NATO-Bereich zu stärken.

Am 12. November traten in Brüssel die Verteidigungsminister der europäischen NATO-Länder (ohne Frankreich) zu einer Konferenz zusammen, an der Einzelprobleme eines verbesserten europäischen Verteidigungsbeitrages im Rahmen der Allianz beraten wurden. Wie verlautete, besteht beim europäischen NATO-Verstärkungsprogramm noch eine Finanzierungslücke von rund 30 Millionen Dollar.

In der Ägäis und im östlichen Mittelmeer fanden im November unter dem Decknamen «Double edge» 2 Wochen dauernde Flottenmanöver der NATO statt, an denen sich amerikanische, britische, italienische, griechische und türkische Schiffe, U-Boote und Flugzeuge beteiligten. z

Frankreich / Bundesrepublik

Politische Schwierigkeiten beim Programm
«Alpha-Jet»

Noch ist kein abschließender Vertrag zwischen den beiden Partnern zustande gekommen, weil die Bundesregierung sich den französischen Exportwünschen für diese Baumuster bisher widersetzt hat. Man ist in Bonn der Auffassung, daß Waffenexporte außerhalb der NATO grundsätzlich abzulehnen seien. Frankreich jedoch soll am Programm «Alpha-Jet» nur dann interessiert sein, wenn Exportmöglichkeiten dieses Flugzeuges weltweit auch von der Bundesrepublik gutgeheißen werden. Diese Politik Frankreichs ist indessen nicht neu. Frankreich ist bekanntlich auch nicht Mitglied der NATO und beliefert nunmehr auch Libyen mit «Mirage»-Kampfflugzeugen, während die in Frankreich stehenden bezahlten Einheiten für Israel blockiert bleiben! kg

Bundesrepublik Deutschland

Verteidigungsminister Helmut Schmidt sprach sich in einem Interview für eine *Truppenreduzierung* auf beiden Seiten der mitten durch Europa gehenden «Demarkationslinie» zwischen West und Ost aus. Er wies Bedenken zurück, daß jede Rüstungsverminderung in Europa auf westliche Kosten gehen müsse. Denn niemand könne glauben, daß die USA noch ein weiteres Vierteljahrhundert ihre Soldaten in Europa ließen; deshalb liege es im Interesse der Bundesrepublik, daß Amerikaner und Russen gleichzeitig «nach Hause gehen». Dabei müßten allerdings «die geographischen Tatsachen» in Kauf genommen werden, die Moskau zugute kämen. Schmidt schloß einen Krieg zwischen den USA und der UdSSR sowie zwischen den Verbündeten dieser beiden Weltmächte aus. Es werde allerdings noch viele Jahre dauern, bevor ins Gewicht fallende Rüstungsbeschränkungen auf beiden Seiten vorlägen.